

Die Bedeutung der ökologischen Siedlungsentwicklung aus Perspektive der Bundesregierung

Grußwort von

Prof. Dr. Andreas Troge

Präsident des Umweltbundesamtes, Berlin

am 09. März 2005

auf der Tagung "Ökologische Siedlungsentwicklung im

Spiegel aktueller Trends und Praxiserfahrungen"

in Osnabrück

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

Ich begrüße Sie und übermittle Ihnen die besten Wünsche des Ministers als Schirmherrn für die Veranstaltung.

Wie Sie wissen, liegt ein Schwerpunkt der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie darin, die Flächeninanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr zu reduzieren. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die tägliche Neuinanspruchnahme von Flächen für diese Zwecke bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen.

Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Die letzte Flächenerhebung des Statistischen Bundesamts ergab, dass im Jahr 2003 die Flächeninanspruchnahme immer noch bei 93 Hektar pro Tag lag. Modellrechnungen des Umweltbundesamts auf Basis der Wohnungsbaustatistik kommen zu dem Ergebnis, dass von diesen 93 Hektar etwa ein Drittel - d.h. zirka 33 Hektar - auf den Wohnungsbau zurückzuführen ist und davon wiederum der größte Teil - nämlich 26 Hektar - auf den Bau von Einfamilienhäusern. Weitere 5 Hektar pro Tag fallen auf zusätzliche Erschließungsstraßen für neue Wohngebiete - das ist etwa ein Viertel der Flächenneuanspruchnahme für Verkehrszwecke.

Für Gewerbegebiete, Sport und Freizeit kommen 40 Hektar pro Tag neu hinzu. Der Neu- und Ausbau der land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftswege sowie des übrigen Schienen- und Straßennetzes, beispielsweise zur Erschließung von Gewerbegebieten, beansprucht weitere 15 Hektar pro Tag, davon zirka 3,5 Hektar pro Tag für Bundesverkehrswege (siehe Folien).

Meine Damen und Herren,

das sind Zahlen, die in die falsche Richtung weisen. Durch Zersiedelung und Landschaftszerschneidung gehen Erholungsgebiete für Menschen und Lebensräume für Pflanzen und Tiere Stück für Stück verloren. Auch verringert sich die Option, auf fruchtbaren Böden, Nahrungsmittel oder nachwachsende Rohstoffe und Energiepflanzen zu produzieren. Wachsender Gebäudebestand und ausufernde Infrastruktur erzeugen nicht nur Verkehr, sie müssen auch betrieben, beheizt oder Instand gehalten werden. Das erhöht den Ressourcen- sowie speziell den Energieverbrauch und belastet die öffentliche Hand mit hohen Folgekosten.

Meine Damen und Herren,

die Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsflächen verstößt nicht nur direkt gegen das Ziel, die Flächeninanspruchnahme deutlich zu vermindern. Mit der ausufernden Siedlungsentwicklung wird auch die Erfüllung anderer Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie indirekt erheblich schwieriger - besonders beim schonenden Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen, dem Klimaschutz, der verstärkten Verwendung erneuerbarer Energien, hinsichtlich der Artenvielfalt und der Staatsverschuldung. Leider ist bei Vielen nicht hinreichend gegenwärtig, dass die sparsame Flächennutzung für die Bewahrung unserer Bodenqualitäten und die darüber hinaus reichende biologische Vielfalt eine notwendige Voraussetzung darstellt.

Genauso wie wir uns heute auf lebenslanges Lernen einrichten müssen und uns deshalb die intellektuellen Ressourcen durch den Wechsel zwischen Schonung vor Reizüberflutung und Übung an Neuem aufnahmefähig und flexibel erhalten sollten, so sollten wir auch den Boden als eine Ressource betrachten, die wir für vielfältige – ggf. auch zeitlich veränderliche Zwecke – äußerst pflegend nutzen sollten.

Welchen Gebrauch künftige Generationen davon machen werden, können wir heute nicht wissen. Sei es für die Produktion von Nahrungsmitteln, sei es für die Biomasseproduktion zur Versorgung mit Energie oder nachwachsenden Rohstoffen, sei es als CO₂-Senke, sei es als Trinkwasserspeicher oder Überflutungsbereich, sei es als Lebensraum von Pflanzen und Tieren oder als Erholungslandschaft für den Menschen. Wichtig im Sinne der Nachhaltigkeit ist, dass wir den künftigen Generationen Handlungsoptionen für eine multifunktionelle Nutzung des Bodens in möglichst großer Vielfalt hinterlassen.

Wird der Boden aber überbaut und versiegelt, dann verengt sich – ähnlich wie bei der Arteriosklerose im Gehirn – die Vielfalt der Nutzungsoptionen auf sehr wenige ein, alle anderen gehen für sehr lange Zeit oder irreversibel verloren. Dies sollten wir bei jeder Flächenneuanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr bedenken.

Da im Zuge der anhaltenden Neubautätigkeit auf der grünen Wiese und der Abwanderung einkommensstärkerer Bevölkerungsschichten die soziale Entmischung in vielen Stadtvierteln weit fortgeschritten ist, kann der Diskurs um eine ökologische Siedlungsentwicklung in der heutigen Zeit nicht mehr losgelöst von sozialen Aspekten geführt werden. Beispielsweise erschwert soziale Segregation infolge der Siedlungserweiterungen die Nachhaltigkeitsziele zur Integration der Zuwanderer.

Um die Ziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu verwirklichen, müssen daher bei der Weiterentwicklung unserer Siedlungen nicht nur Wege gefunden werden, um beispielsweise durch eine größere Dichte und Nutzungsmischung eine ausreichend kompakte, verkehrsreduzierende, energiesparende und Solarenergie nutzende Siedlungsweise der kurzen Wege zu erreichen. Gleichzeitig ist auch die Wohnumfeldqualität unserer Siedlungen so zu steigern, dass der Abwanderungsdruck aus den Städten nachlässt und mehr Menschen dort wieder gerne leben.

Dazu gehört, das soziale Gefüge in den älteren Quartieren zu stabilisieren und Netzwerke zu bilden, die den Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen und –lagen – beispielsweise junge Menschen, Alleinlebende, Familien, ältere Menschen – Angebote für Bildung, Kultur und soziale Dienste unterbreiten. Wichtig wird künftig auch sein, die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement für ihre Stadt oder ihr Viertel stärker als bisher zu fördern und zu fordern und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten im Dienste ihrer Nachbarschaft und der Allgemeinheit stärker einzubringen. Dabei erschließen sich unter Umständen auch ganz neue Erwerbsmöglichkeiten – beispielsweise bei der Unterstützung älterer Menschen im Alltag, bei der Kinderbetreuung in und außerhalb von Einrichtungen, beim Sprach- und Computertraining, bei der Erwachsenenbildung, bei der Beaufsichtigung und Wartung öffentlicher und privater Gebäude- und Freiräume, bei der Reparatur oder Verwertung gebrauchter Möbel, Geräte und Computer, bei der Softwareentwicklung und

Anwenderunterstützung, bei gastronomischen und kulturellen Dienstleistungen, in der Mediensparte, im Kunsthandwerk, u.s.w.

Um diese Tendenz zu stärken, fördert die Bundesregierung – neben zahlreichen Modellprojekten zum Flächensparen, regionalen und kommunalen Flächenmanagement, Brachflächenrecycling und ökologischen Bauen, zur Erhöhung der Energieeffizienz und Städtebauförderung mit dem Ziel der Verbesserung der Wohnumfeldqualität – auch das Projekt "Soziale Stadt". Mit diesem Projekt soll die Lebensqualität sowohl im Hinblick auf das bauliche als auch das soziale Umfeld verbessert werden – beispielsweise durch Nachbarschaftsnetze für gegenseitige Betreuung und Hilfeleistung, wie Haushaltshilfen für alte Menschen, Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe für Kinder.

Meine Damen und Herren,

ein übergreifendes Thema ist in unserem Zusammenhang die Bevölkerungsentwicklung infolge der anhaltenden Geburtendefizite, mit zunehmender Überalterung, absehbar schrumpfender Bevölkerung, zunehmenden Wohnungs- und Gebäudeleerständen und wachsenden fixen Kosten pro Einwohner für ineffizient ausgelastete Bausubstanz und Infrastruktur.

Die Bundesregierung unternimmt hier große Anstrengungen im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ – seit letztem Jahr auch beim "Stadtumbau West", um durch eine Rückführung der Bausubstanz sowohl die Fixkosten auf Dauer zu senken und die Wirtschaftlichkeit der Siedlungen zu erhöhen, als auch die Spielräume für eine städtebauliche und ökologische Aufwertung der Siedlungen zu bekommen. So sollen die Einwohnerzahlen stabilisiert und einer weiteren sozialen Entmischung vorgebeugt werden.

Da die wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen – je nach Region – in Deutschland sehr unterschiedlich verlaufen, kann man derzeit keine allgemeingültige Beschreibung geben, was unter einer „ökologischen Siedlungsentwicklung“ zu verstehen ist. In Schrumpfungsregionen müssen andere Prioritäten gesetzt und andere Maßnahmen ergriffen werden, als in noch wachsenden Regionen. Dennoch stelle ich Ihnen im Folgenden Leitlinien vor, die nach meiner Ansicht auch unter ökonomischen und sozialen Aspekten künftig noch stärker berücksichtigt werden sollten:

1. Ökologische Siedlungsentwicklung heißt, vorrangig den Bestand zu entwickeln, dass bedeutet:

- bestehende Gebäude ertüchtigen (Wärmedämmung, Solardächer) und für künftige Nutzungen weiterentwickeln (seniorengerechtes Wohnen, familienfreundliches Wohnen im Geschosswohnungsbau, veränderte Anforderungen der gewerblichen Wirtschaft, z.B. Gebäude nachrüsten mit moderner Bürokommunikation (*siehe unsere Emissionshandelsstelle*), zum erleichterten Zugang für Schwerbehinderte und für neue Dienstleistungen (*z.B. in Wohn- und Bürogebäuden den Eingangsbereich nachrüsten mit Sicherheitsdienst/Pförtner/Postdienst/Putzdienst/Gebäudemangement etc., das Erdgeschoss, Dachgeschoss oder einzelne*

Etagen diversifizieren z.B. mit Läden, Imbiss, Fitnessseinrichtungen oder Betriebskindergärten, siehe z.B. Schering Berlin);

- bestehende Freiflächen innerhalb der Siedlungen im Hinblick auf Wohnumfeldqualität, Kleinklima und Umweltqualität aufwerten – beispielsweise durch Mietergärten, Liegewiesen und Spielflächen statt Abstandsgrün und oberirdische Stellplätze, breite Bürgersteige oder verkehrsberuhigte Straßen statt Rennpisten. Nur so kann man der Flucht auf die grüne Wiese etwas entgegen setzen;
- bestehende Nachbarschaftskontakte unterstützen und Netzwerke knüpfen, beispielsweise zur Kinderbetreuung, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung;
- Förderung des Wohnungstauschs und neuer Wohnformen (z.B. Senioren-WG's oder WG's (Allein-) Erziehender oder Mehrgenerationen-Wohnen in bestehenden Genossenschafts-Mehrfamilienhäusern jeweils mit Selbsthilfe und unterstützenden Dienstleistungen nach Bedarf) in bestehenden Wohnungen; dies erhöht die Nutzungseffizienz bestehenden Wohnraums und hält den Neubaubedarf an sozialen Einrichtungen sowie öffentlichen Spezialbauten (z. B. Kinderkrippen, Altenwohnheime...) in Grenzen;
- Neubauten sollten vorrangig auf Baulücken oder innerörtlichen Brachflächen oder Konversionsflächen errichtet werden.

2. Sollten neue Freiflächen im Außenbereich wirklich in Anspruch genommen werden müssen, dann heißt ökologisch bauen:

- flächensparend bauen und empfindliche Naturräume sowie fruchtbare Böden, insbesondere Landwirtschaftsflächen erhalten,
- verkehrsreduzierende, verdichtete gemischte Siedlungsformen,
- energie- und materialoptimal bauen (beispielsweise Nahwärme, Energiesparhäuser),
- so bauen, dass in Zukunft auch Nutzungsänderungen relativ einfach möglich werden.

Meine Damen und Herren,

ein Rückbau nicht mehr benötigter Gebäude und Infrastrukturen eröffnet Chancen für eine ökologische Aufwertung innerhalb oder am Rande unserer Siedlungen und sorgt für eine deutlich verbesserte Wohnumfeldqualität. Siedlungen können auf diese Weise grüner und vielleicht auch ökologisch verträglicher werden.

Nicht so einfach zurückgebaut werden können jedoch die Lasten aus den Fehlentscheidungen der Vergangenheit, seien es Beeinträchtigungen des Bodens oder die wachsende Schuldenlast der öffentlichen Hand. Deshalb sollten wir alles daran setzen, auch in den Regionen, die heute - noch - wachsen, eine weitere Ausweitung der Siedlungen nur in wirklich begründeten Fällen und mit sehr viel Augenmaß zu betreiben. Denn: Jede Ausweitung programmiert – angesichts der abnehmenden Bevölkerung in

den nächsten Jahrzehnten – höhere Pro-Kopf-Kosten für die Substanzerhaltung unserer Infrastruktur.

Meine Damen und Herren,

zum Schluss noch einige Worte aus eigener Erfahrung mit ökologischem Bauen: Wie Sie vielleicht wissen, wird der Dienstsitz des Umweltbundesamtes von Berlin nach Dessau verlegt – nächsten Monat ist der Umzug. Wir erhalten dort einen Neubau, der nach ökologischen Kriterien errichtet wurde, bei dem also die von mir vorhin genannten Anforderungen erfüllt sind.

Wesentliche Etappen waren:

- die Wahl des Standortes Dessau innerhalb Sachsen-Anhalts. In einer Alternativenprüfung waren zahlreiche Standorte untersucht worden, die Verkehrsanbindung wurde dabei genauso berücksichtigt, wie der regionale Arbeitsmarkt und das wirtschaftliche Umfeld.
- die Standortentscheidung in Dessau auf einer innerörtlichen Brachfläche. Dies steht im Einklang mit den städtebaulichen Zielen "Stärkung des Zentrums", "Wiedernutzung einer innerstädtischen Gewerbebrache" und "aktiver Umgang mit Altlasten" der Stadt Dessau und des Landes Sachsen-Anhalt, die für die "Expo 2000" entwickelt wurden.
- die Sanierung der Altlasten auf dem Grundstück vor Beginn der Bauarbeiten.
- die Nutzung noch vorhandener Gebäude. Hier war es uns leider nicht möglich, noch mehr Bausubstanz denkmalschützerisch zu restaurieren.
- die Konzeption eines Neubaus mit anspruchsvollen Zielen hinsichtlich ökologischer Kriterien:
 - Energieverbrauch (einschließlich grauer, also d.h. auch die Energie, die in den Baustoffen selbst steckt (*auch die Produktion von z.B. Solarzellen benötigt Energie*), und die beim Bau aufgewendet wurde:
 - Unterschreitung der Anforderungen an die Wärmedämmung um 50 % der damaligen Wärmeschutz-Verordnung wurde erreicht,
 - regenerativer Anteil als 15 % am Gesamtenergiebedarf - realisiert durch Wärmetauscher, Photovoltaik, solare Kälte, Deponiegasnutzung;
 - weniger als 35 kWh/m² Bruttogebäudefläche und Jahr Stromverbrauch.
 - ökologische Stoffauswahl mit ökobilanzierender Schätzung für die gesamte Lebensphase der Baustoffe;
 - Reduzierung des Frischwasserverbrauchs sowie Regenwassernutzung für Bewässerungszwecke und Regenwasserversickerung;

- energetisches und lufthygienisches Monitoring des Gebäudes.

Meine Damen und Herren,

wer Interesse an weiteren Einzelheiten zu unserem Neubau in Dessau hat - auf der Internetseite des Umweltbundesamtes (<http://www.umweltbundesamt.de>) finden Sie dazu Näheres. Unser Haus wird am 11. Mai d. J. mit einem Fest für alle Bürgerinnen und Bürger Dessaus sowie allen Interessierten eingeweiht. Ich würde mich freuen, falls Sie sich bei dieser oder einer anderen Gelegenheit persönlich einen Eindruck von unserem Neubau verschaffen.

Meine Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen viel Erfolg und eine anregende sowie fruchtbare Diskussion zum Themenfeld "Ökologische Siedlungsentwicklung".

[zurück](#)